

Kann sich Deutschland das Aus von Kohle und Kernkraft jetzt noch leisten?

Welt, 25.02.2022, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus237075299/Gas-Wenn-Putin-uns-das-Gas-abdreht-so-abhaengig-ist-Deutschland-wirklich.html>

Russlands Aggression ruft sofort auch das Problem der großen deutschen Energie-Abhängigkeit auf den Plan. Ist es klug, ausgerechnet jetzt, mehrere deutsche Kohle- und Kernkraftwerke endgültig abzuschalten? Die Gaskrise weckt neue Zweifel am Zeitplan der Energiewende.

Nach dem Angriff auf die Ukraine ist die Zuverlässigkeit russischer Energie-Exporte fraglich geworden. Falls Moskau die Erdgaslieferungen Richtung Europa über einen längeren Zeitraum komplett einstellen sollte, wären die wirtschaftlichen Folgen desaströs, glauben Marktbeobachter.

„Europa müsste in seinem Energiesystem jeden Hebel ziehen, um die Lichter nicht ausgehen zu lassen“, schreibt Kateryna Filippenko vom Analysehaus Wood Mackenzie: „Gasverbrauch reduzieren, eingemottete Nuklear- und Kohlekraftwerke anfahren, die eigene Produktion maximieren.“

Doch danach sieht es nicht aus. Im Gegenteil: Obwohl sich mit Russland der wichtigste Lieferant von Erdgas und Erdöl zum unberechenbaren Aggressor gewandelt hat, schaltet Deutschland unbeirrt weiter Kohlekraftwerke ab.

Schon am 1. April wird dem Braunkohle-Meiler Neurath A im Rheinischen Revier planmäßig der Stecker gezogen. Drei weitere Blöcke dort folgen im Dezember. Unterdessen, im Oktober, trifft es mit Bergkamen A, Völklingen und Scholven C auch große Steinkohlekraftwerke der Betreiber Steag und Uniper.

Insgesamt, das bestätigt der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), werden in diesem Jahr 3700 Megawatt unter das gesetzliche „Verbot der Kohleverfeuerung“ fallen und vom Netz gehen. Das allein entspricht der Leistung von umgerechnet etwa vier Atomkraftwerken.

Hinzu kommen dann noch die Abschaltungen der letzten drei deutschen Atomkraftwerke zum 31. Dezember dieses Jahres. Schon in den vergangenen Jahren hatte die Bundesregierung zehn Gigawatt Kohlekraft aus Gründen des Klimaschutzes abschalten lassen.

Ist es klug, mitten in einer Energiekrise und zu Beginn eines Krieges den Großteil seiner Stromerzeuger abzureißen? Hat Deutschland die konsequenteste und mutigste Energiepolitik der Welt, oder doch vielleicht eher die „dümmste“, wie unlängst das Wall Street Journal befand?

Im vergangenen Jahr deckten Kohlekraftwerke noch knapp 28 Prozent des deutschen Strombedarfs, Atomkraftwerke weitere 12 Prozent. Erdgas-Kraftwerke lieferten 15 Prozent des Stroms. Wind- und Solarkraft lieferten nach Daten der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) 28,5 Prozent.

Zahlreiche Institute hatten immerhin berechnet, dass Deutschland selbst bei einem erfolgreichen Ökostrom-Boom in den wenigen Jahren bis 2030 trotzdem viele neue Gaskraftwerke braucht. Um all die Abschaltungen von Kohle- und Atomkraft kompensieren zu können, wären nach Einschätzung der Boston Consulting Group innerhalb der nächsten acht Jahre rund 80 neue Gaskraftwerke der 500-Megawatt-Klasse zu bauen.

Doch fällt mit Russland der Brennstoff-Lieferant aus – oder wird Erdgas im Zuge der Kriegsfolgen exorbitant teuer – dürften Back-up-Kapazitäten auf Gasbasis in dieser Größenordnung kaum finanzierbar sein. Die von Russland ausgelöste Gaskrise weckt damit Zweifel am Zeitplan der Energiewende.

Die deutsche Energiewirtschaft hat es sich jedoch abgewöhnt, den moralisch aufgeladenen Forderungen von Klimaschützern zu widersprechen. „Die für dieses Jahr geplanten Stilllegungen von Kohlekraftwerken stehen aufgrund der politischen Entwicklungen derzeit nicht infrage“, sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung am Donnerstag kurz nach Beginn der Invasion der Ukraine.

Ob die Betonung dabei auf „derzeit“ liegt, ließ die schriftliche Erklärung der früheren Grünen-Politikerin offen. Noch am Tag vor der Ukraine-Invasion hatten 40 bis 50 Kohlegegner in Lützerath am Tagebau Garzweiler Steine auf Braunkohle-Bagger und Polizei-Autos geworfen und damit jüngste Medienberichte über eine zunehmende Radikalisierung in der Klimaschutz-Szene bestätigt.

Unbehagen über Kohleausstieg wächst

In der Politik wächst allerdings das Unbehagen darüber, den Kohleausstieg in dieser weltpolitischen Gemengelage durchzuziehen. „Wir sollten in diesem Jahr keine Kohlekraft ins Aus schicken“, fordert Mark Helfrich, Fachsprecher für Energiepolitik der Union im Bundestag: „Der Einmarsch in die Ukraine zeigt, dass Russland kein verlässlicher Partner ist und wir die Abhängigkeit von Russland und russischen Gas nicht noch weiter erhöhen dürfen.“

„Solange wir in Deutschland die russischen Gaslieferungen nicht adäquat durch zusätzliche LNG-Lieferungen, Wasserstoff und den Ausbau der erneuerbaren Energien kompensieren können, müssen wir in der derzeitigen Situation vorhandene Kohlekraftwerke betriebsbereit halten“, sagt der CDU-Politiker, und rüttelt auch am Kernkraft-Tabu: „Käme es gar zu einem russischen Lieferstopp, müssen die Pläne zum Atom- und Kohleausstieg ganz klar auf den Prüfstand.“ Die Versorgungssicherheit Deutschlands dürfe „auf keinen Fall gefährdet werden“.

Andernorts wächst zumindest der Zweifel, den Kohleausstieg von bislang 2038 auf „idealerweise 2030“ vorzuziehen, wie es im Koalitionsvertrag heißt: Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) jedenfalls hält nach dem russischen Angriff in der Ukraine eine Prüfung des früheren Kohleausstiegs für sinnvoll.

„Ich glaube, dass es gut ist, wenn wir uns in diesem Jahr noch Gedanken machen, ob auch vor dem Hintergrund die Zeitschiene für den Kohleausstieg 2030 real ist“, sagte Woidke am Donnerstag in Potsdam. Deutschland sei in der Energieversorgung ein Stück weit von Russland abhängig „und damit auch ein Stück weit erpressbar“. Es gehe, so Woidke, auch um „vernünftige Energiepreise“.

Die absolute Sicherheit, dass ein vorgezogener Kohleausstieg möglich ist, hat auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nicht mehr: Er will dazu eine Analyse erstellen lassen.

Die Energiewirtschaft prüft derzeit ihre kurzfristigen Optionen. „Der BDEW steht in engem Austausch mit den Betreibern der Steinkohle-Kraftwerke“, erklärte Verbandschefin Andreae: „Aktuelle Steinkohle-Vorräte und alternative Beschaffungswege werden derzeit geprüft.“ Weitere wichtige Lieferländer seien „beispielsweise die USA und Kanada sowie Australien“.

Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen der aktuelle Konflikt nicht nur auf den Kohleausstieg, sondern auf die gesamte deutsche Energiepolitik insgesamt hat, „kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bewertet werden“, erklärte der BDEW.

Unklar ist mindestens, wie schnell der Einkauf von Kohle am Weltmarkt umstrukturiert werden kann. Denn auch dieser Brennstoff stammt bislang hauptsächlich aus einer Quelle. „Russland baute 2021 seine Position als größter Steinkohlenlieferant für Deutschland mit einem Beitrag zu den Gesamtimporten von 52 Prozent weiter aus“, heißt es in der neuesten Analyse von Hans-Wilhelm Schiffer, Mitglied des World Energy Council: „Mit einem Anteil von 17 Prozent blieben die Vereinigten Staaten die zweitwichtigste Provenienz – gefolgt von Australien mit 13 Prozent und Kolumbien mit fünf Prozent.“